SOZIOLOGIE, 55. JG., HEFT 1, 2026, S. 7–14

Transitionen und Transition[1]

Monika Wohlrab-Sahr

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Studierende, »Transitionen« lautet das Thema des Kongresses. Das ruft vieles von dem auf, was uns als Zeitgenossen und Soziologinnen[2] umtreibt. Die Stadt Duisburg und der Prozess der Postindustrialisierung, den sie verkörpert, bringen dies exemplarisch zum Ausdruck. Die Universität Duisburg-Essen mit ihrer Expertise in der Arbeitssoziologie führt uns das in vielen Formaten und mit Einblicken in die städtische Umwelt des Kongresses vor Augen. Es ist eine Menge Arbeit, so einen Kongress auf die Beine zu stellen, und wir brauchen Kolleginnen und Universitätsleitungen, die das möglich machen. Unser Dank gilt der Universität und den Organisatorinnen des Kongresses!

Die Eröffnungsvorträge der Vorsitzenden sind üblicherweise professionspolitisch ausgerichtet. Sehen Sie es mir nach, wenn ich mich hier auf einige wenige Anmerkungen beschränke und ansonsten zum Thema des Kongresses und zu einem aktuellen Anlass spreche. Die Lage der DGS wird bei der Mitgliederversammlung mit Zahlen genau unterlegt werden. Hier nur kurz: Die DGS hat derzeit 3.700 Mitglieder. Der Anteil der Frauen ist in den letzten Jahren stark gestiegen und liegt jetzt bei 45 Prozent. Der wissenschaftliche Mittelbau, zu gleichen Anteilen auf vollen und auf Teilzeitstellen, macht etwa die Hälfte der Mitglieder aus, dazu kommen 11 Prozent Promovierende. Der Anteil der aktuell beschäftigten Professoren ist in den letzten Jahren kontinuierlich leicht gesunken und liegt derzeit bei etwa 19 Prozent, plus 11 Prozent Pensionierte und Emeritierte. Knapp 5 Prozent der Mitglieder sind Studierende.

1 Eröffnungsvortrag auf dem 42. Kongress der DGS in Duisburg am 22. September 2025.
2 Ich verwende abwechselnd männliche und weibliche Formen.

Die DGS ist also mehrheitlich eine Organisation des Mittelbaus. Anders als man meinen könnte, ist das bei der Akademie für Soziologie nicht wesentlich anders. Der Kollege Rolf Becker hat mir die Zahlen freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Gestartet als Professorenverband mit einem Anteil von über 60 Prozent, haben sich die Verhältnisse in den wenigen Jahren ihres Bestehens umgekehrt, so dass die Professoren heute nur noch 36 Prozent der Mitglieder stellen. Auch hier sind der promovierte Mittelbau und die Promovierenden als assoziierte Mitglieder die deutliche Mehrheit. Wir durchlaufen also dieselben Prozesse.

Seit Gründung der Akademie hat es in der DGS eine Reihe von Austritten von quantitativ arbeitenden Kollegen gegeben, weil sie sich in den Gremien der DGS nicht angemessen repräsentiert sehen und sich zum Teil in den Kongressen nicht wiederfinden. Wir müssen das ernst nehmen und auch für das Repräsentationsproblem Lösungen finden. Wir müssen bei der Wahl auch ein Gesamtbild des Vorstands als Repräsentation der verschiedenen Richtungen vor Augen haben. Das betrifft uns alle, und es betrifft die DGS als Organisation aller! Vor allem für die Angehörigen des Mittelbaus, und zwar aller methodischen Richtungen, muss die DGS eine wissenschaftliche Heimat bleiben, ganz egal, ob sie sich nebenbei auch bei der Akademie engagieren. Aber es braucht auch das Engagement der Professorinnen und Professoren, die ihr Wissen, ihre Position und ihre Reputation im Sinne der DGS einsetzen. Wir müssen offen und attraktiv bleiben für alle, und ich bitte Sie alle, daran mitzuwirken.

Ich komme nun zum Thema des Kongresses.

Das Thema des Kongresses – Transitionen – ist bewusst im Plural formuliert. Angesprochen sind schleichende oder abrupte, kontingente oder gerichtete Prozesse und die ihnen zugrunde liegenden Dynamiken. Gleichzeitig verweist vieles auf eine umfassendere Transition, eine Transition im Singular. Ein Umbruch, den wir als Zeitgenossen einer westlichen Gesellschaft in unserem globalen Umfeld erleben, und dessen Dramatik in manchem an das Marxsche Diktum »Alles Ständische und Stehende verdampft« erinnert. Transition im Singular, weil sich Verschiedenes zur Wahrnehmung eines umfassenden Umbruchs verdichtet, in dem die alten Eckpfeiler von Stabilität und Orientierung kollabieren. Manches trifft uns unvorbereitet, anderes geschieht schleichend und kein Ende nehmend.

Dies betrifft auf globaler Ebene den *Klimawandel*. Die Soziologie der Nachhaltigkeit ist hier auf dem Kongress breit vertreten. Es geht um eine radikale, unumkehrbare Transition, mit all ihren ökologischen, sozialen und

existenziellen Folgen, nicht nur für die menschliche Spezies. Eine Transition, die in ihrer Kulmination in eins fällt mit der Lebenszeit der Generation der Babyboomer, der auch ich angehöre: einer Generation, die teilhatte am »Wirtschaftswunder«, am »Fahrstuhleffekt nach oben«, aber damit auch am exponentiellen Anstieg des Ressourcenverbrauchs. Der konkrete Umgang mit dem Problem des Klimawandels löst Konflikte um Bedarfskulturen und neue Klassenkämpfe aus und lässt Regierungsparteien energiepolitische Kehrtwenden vollziehen. Soziologische Expertise ist hier unverzichtbar.

Die große Transition betrifft den Einfluss neuer Kommunikationstechnologien, ihre Möglichkeiten der Evidenzsuggestion und ihre Konkurrenz mit tradierten Formen der Wissensproduktion. »Künstliche Intelligenz« und »Fake News« sind Chiffren für diesen Wandel, der sich in rapider Geschwindigkeit vollzieht. Er tangiert unsere Möglichkeiten in der Medizin ebenso wie unser Konsumverhalten und unsere politischen Entscheidungen, unsere Formen der Herstellung von Beziehungen wie unser Verhältnis zu uns selbst. Nicht zuletzt beeinflusst er das, was wir für wahr halten oder von dem wir nicht mehr wissen, ob wir es für wahr halten können. Er markiert in vieler Hinsicht eine *epistemische* Transition.

Die Transition betrifft die *politische* Landschaft, in der eine Partei Erfolge einfährt, die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wurde. In den östlichen Bundesländern kommt sie in die Nähe der Regierungsbeteiligung, in Duisburg in die Stichwahl für das Bürgermeisteramt. Die Folgen weit in das demokratische Parteienspektrum hinein haben wir im Wahlkampf erlebt. Umso wichtiger ist die Veranstaltung am Mittwoch, die fragt, wie es nach dem »Sommer der Migration« im Jahr 2015 weitergegangen ist. Wie die Situation der damals Geflüchteten ist, die teilhaben an der andauernden *Transition zur (post-)migrantischen Gesellschaft* und den daran andockenden sozialen und politischen Verwerfungen. In Deutschland und anderswo.

Die Transition der politischen Landschaft betrifft in besonderer Weise die USA, wo in atemberaubender Geschwindigkeit ein autoritäres Regime entstanden ist, das in demokratische Institutionen wie in Universitäten »per Dekret« eingreift, das in Lehre und Forschung interveniert, missliebige Meinungsäußerungen kriminalisiert. Und das Existenzen der Angehörigen von Minderheiten willkürlich gefährdet. Dieser Prozess im Inneren der USA wird begleitet von einer weit darüber hinausgehenden Transition. Waren doch die USA – trotz vieler problematischer Interventionen weltweit – auch ein Ort, auf dessen demokratische Institutionen man glaubte, sich beziehen zu können. Waren sie doch lange rettende Wahlheimat für Personen, die

anderswo existentiell bedroht waren. Die Geschwindigkeit, mit der demokratische Institutionen ausgehebelt werden, provoziert die Frage, was uns bevorsteht, sollte die AfD den Weg in die Regierungsbeteiligung finden. Man kann deren Pläne in den Transkripten der Plenarsitzungen der Landtage, wie jüngst in Sachsen-Anhalt zum Thema »Gender«, nachlesen. An einer ostdeutschen Universität befasst sich eine Arbeitsgruppe »Resilienz« derzeit mit dem Szenario einer AfD-Regierungsbeteiligung, eine Hochschule erwägt, die Freigabe bestimmter Professuren vorzuziehen, weil sie befürchtet, dies im Ernstfall nicht mehr tun zu können. Und dabei geht es nicht um »Gender«. Vielleicht brauchen wir beim Mainzer Kongress eine Adhoc-Gruppe »Resilienz«.

Die Unterstützung, die Trump in den USA und die AfD hierzulande finden, lässt uns nach den Ursachen dieser Transition der politischen Orientierung fragen. Die Arbeiten von Arlie Hochschild gehen dem in den USA ethnographisch nach, viele Soziologinnen und Soziologen in Deutschland erkunden die Hintergründe des Rechtsrucks hierzulande. Wir können viel dazu hören auf diesem Kongress. Insgesamt sind wir konfrontiert mit der Marginalisierung und Bedrohung der Demokratie als politischem Modell auch in deren Kernländern und mit der Infragestellung des »liberalen Skripts«, wie die Berliner es genannt haben. Eine große Transition.

Die große Transition dokumentiert sich auch im Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen Folgen, die den ehemaligen Bundeskanzler von der *Zeitenwende* haben reden lassen. Ein Begriff, der mit der Wahrnehmung Vieler korrespondierte. Wir alle sind konfrontiert mit den Konsequenzen für das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik. Die Ostpolitik Willy Brandts gehörte für meine Generation ebenso zu den politischen Orientierungspunkten wie die Friedensdemonstrationen im Bonner Hofgarten. Nun sind wir konfrontiert mit der Realität eines Krieges »um die Ecke«, mit Fragen der Beteiligung an kriegerischen Ereignissen, veränderten Bündniskonstellationen, einem wachsenden Militärhaushalt, aber auch mit der Verstärkung politischer Differenzen, nicht zuletzt entlang der Ost-West-Achse. Die Abwesenheit des Krieges, in der man sich nach 1945 wähnen konnte, auch wenn anderswo ständig Kriege stattfanden, ist an ihr Ende gekommen. Das politische Koordinatensystem ist erschüttert. Die Nachkriegszeit ist endgültig vorbei.

Das Gefühl einer grundlegenden Transition setzt sich fort in unserer *Verhältnisbestimmung gegenüber Israel* und Palästina, in unserem Umgang mit Phänomenen und Vorwürfen des Antisemitismus und mit dem Krieg in Gaza, der

mit dem Massaker der Hamas und den Geiselnahmen begonnen und sich seitdem zu einem Vernichtungskrieg entwickelt hat. Auf die Positionierungen zu diesem Geschehen wirken nicht zuletzt generationelle und demographische Transitionen ein: ein *Generationenwandel*, der veränderte geschichtspolitische Sensibilitäten mit sich bringt – etwa in der Fokussierung auf koloniale Gewalt; und der Wandel zu einer *(post-migrantischen) Gesellschaft*, in der für manche der Krieg im Nahen Osten biographisch und emotional näher liegt als die Verbrechen der Nationalsozialisten und deren gegenwärtige Verharmloser. Das produziert unweigerlich Friktionen des Verstehens.

Die Solidarität mit Israel gehörte für viele zum moralischen Gerüst einer sich mit dem Nationalsozialismus kritisch auseinandersetzenden Generation und ihrer Nachkommen. Die Schulen und Hochschulen wurden – allmählich – zu wichtigen Repräsentanten dieser Haltung. Selbst in Bayern sensibilisierten uns unsere 68er-Referendare für die Nachwirkungen nazistischer Sprache.

Der Horror des von der Hamas in Israel angerichteten Massakers ließ die alten moralisch-politischen Koordinaten weiter Teile der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit noch intakt. Die Solidaritätserklärungen kannten ihren Adressaten. Auch der Beginn des Krieges in Gaza konnte – als Form der Selbstverteidigung und Versuch der Befreiung der Geiseln – zunächst noch unter diesem Vorzeichen betrachtet werden. Die Solidarisierung mit der Bevölkerung in Gaza fand vor allem auf der Straße statt, auch auf Universitätsgelände, zum Teil einhergehend mit Gewalt und Zerstörung, zum Teil mit problematischen Symbolen und Slogans. Es war aber eben doch eine *Solidarisierung*, die die Berliner Kollegen als solche ernst genommen haben. Es war, als hätte sich im akademischen Kontext eine Arbeitsteilung der Solidarisierungen eingestellt. Die Universitäten hatten Schwierigkeiten, hier in einen zivilisierenden Diskurs einzusteigen. Die Politik der Einladungen und Ausladungen und die Praxis der Störungen und Verhinderungen blieb oft hilflos im Versuch, Koordinaten der moralisch-politischen Orientierung festzuklopfen. Dies betraf sowohl palästinensische als auch israelische Wissenschaftler und Kulturschaffende, zum Teil betraf es solche, die irgendwann ein Statement des Berufsverbands Deutscher Soziologinnen und Soziologen unterschrieben hatten.

Dramatisiert wurde dies in Deutschland durch eine Intervention in die *Wissenschaftsfreiheit*, in der von ministerieller Seite gegen Wissenschaftler, die zum Dialog mit den Protestierenden aufgerufen hatten, der Vorwurf des Antisemitismus erhoben wurde, verbunden mit Überlegungen zu Konsequenzen für die Vergabe von Forschungsgeldern. Die wissenschaftlichen

Gremien, auch die DGS, wiesen dies eindeutig zurück. Der Schaden war gleichwohl angerichtet.

All dies verweist auf eine Komplizierung im politisch-moralischen Haushalt der Bundesrepublik. Gilt doch der Antisemitismusvorwurf längst nicht mehr allein einem real existierenden Antisemitismus, sondern dient auch dazu, Kritik an der israelischen Politik zu delegitimieren. Das fordert uns als Soziologinnen zur Reflexion heraus: Die Beiträge in der SOZIOLOGIE waren ein erster Schritt, Veranstaltungen hier in Duisburg und Mainz folgen.

Der Konflikt um die Suspension der ISS durch die ISA und der Protest der DGS gehören in diesen Kontext. Sie haben unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Ein Mitglied ist aus der DGS ausgetreten, weil wir die Suspension nicht als antisemitisch zurückgewiesen haben, viele haben unser Schreiben nachdrücklich unterstützt, und es gab den kritischen offenen Brief, in dem die Suspension begrüßt und der DGS moralisches Versagen vorgeworfen wird. Das lässt keine von uns kalt. Und es veranlasst mich, hier zur Sache zu sprechen.

Der Krieg in Gaza hat sich zu einem Vernichtungskrieg entwickelt, dem in unfassbarem Ausmaß Zivilisten zum Opfer fielen und fallen. Nicht zuletzt Kinder. Sie kennen alle die Nachrichten. Bombardierungen, Schüsse auf Menschen an Essensausgaben, eine Politik des Aushungerns, fehlende medizinische Versorgung, Vertreibungen. Jeden Tag weitere Tote.

Die israelische Gesellschaft ist – wie die amerikanische und zunehmend auch europäische Gesellschaften – zutiefst gespalten. Es waren allen voran israelische Soziologinnen und Soziologen, die das kritisch analysiert haben. Wir sollten nicht vergessen, wie lange in Israel die Proteste gegen die Regierung Netanyahus schon andauern. Zuerst gegen den Versuch, die Unabhängigkeit der Justiz einzuschränken. Später, bis heute, für einen Waffenstillstand und das Ende des Krieges. Hunderttausende Protestierender.

Es kam in Israel seitdem zu massiven Versuchen, die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken. Die Union Israelischer Studierender trieb einen Gesetzesentwurf voran, wonach Fakultätsmitglieder sofort entlassen werden sollten, wenn sie Meinungen äußern, die als gegen Israel gerichtet, Terrorismus unterstützend oder Israels Existenz als jüdisch-demokratischen Staat negierend wahrgenommen werden. Der Verband der Universitätsleitungen, die *Senior Faculty Association* und der Präsident der *Hebrew University* haben diesen Vorschlag scharf verurteilt. Er wurde bisher nicht weiterverfolgt.

Seit dem Krieg in Gaza sind zahlreiche offene Briefe und Petitionen von Wissenschaftlern veröffentlicht worden, die den Krieg scharf verurteilen. Tausende haben unterschrieben. Der Soziologin Eva Illouz wurde wegen

ihres Protests gegen die Behandlung von Palästinensern in der Westbank der Israel-Preis verweigert. Als das Weizmann Institut im Juni von iranischen Bomben zerstört wurde, kommentierte Yinon Magal, rechtsgerichteter Politiker und Journalist des regierungsnahen Kanal 14 auf X: »God almighty: 1, Weizmann Institute: 0«.

Die Regierung kümmern die Proteste nicht. Und sie kümmern Wissenschaftsboykotte nicht. Ganz im Gegenteil: Der Ministerpräsident spricht inzwischen von der Notwendigkeit einer Autarkiepolitik mit Sparta als Vorbild.

Im Juni suspendierte die ISA die ISS, weil diese den Krieg in Gaza nicht klar genug verurteilt habe. Im Vorfeld der Tagung in Rabat hatte es massiven Druck gegen die Teilnahme israelischer Wissenschaftler gegeben. In der Entscheidung der ISA ging es um die *kollektive* Mitgliedschaft der ISS. Aber kurz danach erhielten viele israelische Kollegen per mail ein Formular, in dem sie ihre Ablehnung des Kriegs in Gaza erklären und sich von ihren Heimatinstitutionen distanzieren sollten, sofern diese »complicit« seien. Andernfalls würde man ihre Sessions canceln. Diese Aktion ging *nicht* von der ISA aus, aber sie erweckte den Anschein des Offiziellen. Öffentlich distanziert hat sich die ISA von dieser Intervention in das Tagungsgeschehen bisher nicht.

Anders als vielfach behauptet, trifft ein Boykott wissenschaftlicher Einrichtungen immer auch Individuen. Das erleben israelische Kolleginnen aktuell an vielen Stellen. In Wissenschaft und Kultur. Das Argument, das dabei geltend gemacht wird, ist immer wieder dasselbe: *Die betreffende Person oder Organisation hätte sich nicht hinreichend distanziert*. Einmal ist es eine Wissenschaftsorganisation, das andere Mal ein Dirigent. In totalisierender Weise wird ein öffentlicher Pranger errichtet, bei dem kein Unterschied gemacht wird zwischen einer autoritären Regierung und einem Fachverband, der – bei allen Schwierigkeiten – das Fach als kritisches zu bewahren sucht. Ein Verband, durch den der Riss in der Gesellschaft hindurchgeht. Suspendiert werden nicht diejenigen, die diesen Krieg zu beenden sich weigern. Sondern die, die zu denen gehören, die seit mehr als zwei Jahren gegen diese Regierung protestieren, und die versuchen, die Wissenschaftsfreiheit aufrecht zu erhalten.

Es gibt ein denkbares Szenario, in dem der Boykott einer Wissenschaftsorganisation gerechtfertigt wäre: dann nämlich, wenn sie zum *Sprachrohr* einer autoritären und verbrecherischen Regierung geworden ist. Wenn sie keinen Platz lässt für Wissenschaftsfreiheit. Und wenn die, die in ihr arbeiten, nur noch Agenten eines autoritären Apparates sind. Wir kennen hierzulande solche Entwicklungen. Es wäre absurd, diesen Grenzfall bei der ISS für gegeben zu halten.

Dies zu sehen, bedeutet nicht, den Horror in Gaza zu relativieren. Wir müssen vom »ja, aber«, das das »ja« sofort entwertet, zum »ja, und« kommen, das beide Seiten aushält.

Die Frage, ob sie sich politisch positionieren soll, treibt die DGS seit ihrem Beginn um und wird seitdem kontrovers diskutiert. Von Anfang an haben prominente Vertreter über dieser Frage dem Verband den Rücken gekehrt. Der Vorstand der DGS hat in seinen Stellungnahmen nicht immer gleich agiert. Man kann solche Fragen nicht mit einem Computerprogramm entscheiden. Wir haben um die Stellungnahme zur Suspension der ISS gerungen. Auch in Zukunft werden Fälle diskutiert werden müssen. Gleichwohl bleibt die Frage nach unserem Aufgabenbereich als *Wissenschaftsorganisation* und unseren Einflussmöglichkeiten entscheidend.

Wir können und müssen unsere Stimme geltend machen in Wissenschaftsbelangen. Und in jedem Fall ist es unsere Aufgabe, das, was ich hier als Facetten einer großen Transition beschrieben habe, soziologisch zu analysieren und diese Analysen in die Öffentlichkeit zu tragen. Darin besteht unser gesellschaftlicher und politischer Auftrag! Dafür brauchen wir kluge Analysen und öffentlichkeitswirksame Auftritte. Und wir brauchen Expertise in unterschiedlichen Methoden, um das Ganze glaubwürdig und sachgerecht zu vertreten.

Dieser Kongress nimmt diese Aufgabe ernst. Ich wünsche Ihnen aufregende Tage, konzentrierte Debatten und offene Gespräche. Und nicht zuletzt: Vergnügen und gute Begegnungen!